

Das Gymnasium im zweigliedrigen Schulsystem

Wenn es ab dem Schuljahr 2010 in Berlin im Sekundarbereich nur noch zwei statt bisher vier Schularten geben wird, muss dies auch tiefgreifende Auswirkungen auf das Gymnasium haben. Durch die Tatsache, dass an der Sekundarschule alle Abschlüsse erworben werden können, vor allem der Weg zum Abitur offengehalten wird, verliert das Gymnasium an Exklusivität. Das gilt zwar für die bisherigen Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe auch schon, wird jetzt aber auf alle Schulen erweitert.

Die Sekundarschulen stellen auch insofern eine neue und ernstzunehmende Konkurrenz dar, als sie materiell deutlich besser ausgestattet sein werden als das Gymnasium: Eine Höchstfrequenz von 26 Schülern pro Klasse, die mit NDH- und Sozialboni bis auf 20 abgesenkt werden kann. Hinzu kommen Ganztagsangebote und -einrichtungen, eine umfangreiche sozialpädagogische Betreuung und die dreijährige gymnasiale Oberstufe mit ihrem Jahr an zusätzlicher Zeit gegenüber dem Gymnasium. Dagegen nehmen sich die Bedingungen des Gymnasiums bescheiden aus: Frequenzen bis zu 32 Schüler pro Klasse, bestenfalls ein Mittagessenangebot, zweijährige Oberstufe mit dem dazugehörigen Verdichtungsdruck, der spätestens in der 10. Klasse beginnt. Bis in die Kernklientel des Gymnasiums hinein werden insbesondere das Ganztagsangebot und die dreijährige Oberstufe sehr attraktiv sein, zumindest bei den Schulen, die bei ihrem Start im Sommer 2010 nicht aus einer Hauptschule hervorgegangen sein werden. Aus all dem geht hervor, dass das Gymnasium keineswegs ein Selbstläufer sein wird.

Das Motto dieser Tagung lautet „13=12, geht das?“, und die Antwort, die wir uns alle insgeheim geben, lautet: nein, weil wir den durch die Verkürzung entstandenen Zeitdruck fürchten. Bevor ich die Bedingungen untersuche, die vielleicht doch ein vorsichtiges Ja erlauben, will ich auf den Status quo eingehen und an die Veränderungen erinnern, die wir im Gymnasium, freiwillig oder aufgrund der veränderten Schülerwelten gezwungenermaßen, vollzogen haben. Meine Tochter, die sich zur Zeit im Referendariat befindet, sagt mir, das fragend-entwickelnde Unterrichtsgespräch sei inzwischen ein absolutes NoGo, was ich mit Beruhigung zur Kenntnis nehme. Diese Vermittlungsart bestimmte dreißig Jahre lang das Unterrichtsgeschehen und sie ist immer noch ein effektives Verfahren in sehr homogenen Lerngruppen, weil sie in Kombination mit operationalisierten Lernzielen der Lehrkraft jederzeit einen genauen Einblick in den momentanen Kenntnisstand der Schüler erlaubt. Aber das fragend-entwickelnde Verfahren ist ein Lehrverfahren, es setzt bei einem vom Lehrer vermuteten und gesetzten Stand der Klasse an und schon gar nicht beim einzelnen Schüler. Dem lässt es keine Möglichkeit, seinen individuellen Weg des Lernens und der Aneignung zu finden. Es ist kein Zufall, dass Veränderungen zuerst dort einsetzen, wo die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler es am dringlichsten erforderten.

Da der verbal-abstrakte Lerntyp an vielen Gymnasien nur noch eine Minderheit darstellt oder gar nicht mehr zu finden ist, war es eine logische Konsequenz, den Unterricht auf andere Verfahren umzustellen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch internationale Vergleichsstudien wie PISA und TIMSS, aus denen hervorging, dass nur 9% der deutschen Schüler in der Lage sind, komplexe Texte zu verstehen, eine Gruppe die sicherlich fast ausschließlich dem Gymnasium zuzuordnen ist, aber dort eben maximal 20% der Schüler abdeckt und damit auch dem Gymnasium ein schlechtes Zeugnis ausstellt. Außerdem wurde deutlich, dass deutsche Schüler weniger als Schüler anderer Nationen zu komplexen Transferleistungen in mathematischen und naturwissenschaftlichen Zusammenhängen in der Lage sind, meines Erachtens eine direkte Folge des eindimensionalen fragend-entwickelnden Unterrichtsgesprächs und der Fixierung auf Lernziele.

Deshalb war es dringend erforderlich, den Unterricht von der Breitbandbelehrung auf die individuellen Bedürfnisse und Möglichkeiten des einzelnen Schülers umzustellen. Die Stichworte dazu lauten: Sys-

tematische Schulung der Methodenkompetenz, Einübung von freier Rede und Präsentationstechniken, Kommunikations- und Teamfähigkeit, eigenverantwortliches Lernen und gezielte Reflexion der auf dem Weg zur Lösung angewandten Schritte. Anders als früher enthalten die Aufgaben jetzt offene Problemstellungen, die mehrere Lösungszugänge erlauben, und es wurde eine Fehlerkultur etabliert, bei der der Fehler den Ausgangspunkt für neues Lernen darstellt. Damit einher ging die Umstellung von Lernzielen auf Kompetenzen, eine Entwicklung, bei der die Lehrer weitgehend alleine gelassen wurden, die zwar administrativ verordnet wurde, aber nicht über Fortbildung der Lehrkräfte praxistauglich gemacht wurde. Und mit der Aufnahme der Definition von Kompetenzen in den allgemeinen Teil der Rahmenpläne waren sie optimal vor den Adressaten versteckt. Bis heute ist keineswegs allen Lehrkräften klar, dass ein kompetenzorientierter Unterricht ein anderes Vorgehen und andere methodische Verfahren erfordert, übrigens auch andere Prüfungsaufgaben, was zumindest im Abitur noch nicht angekommen ist, mit Ausnahme der fünften Prüfungskomponente vielleicht.

Ich gebe dieser Entwicklung soviel Raum, weil sie zwar für jede Art von Vermittlung auf allen Ebenen gilt, aber vom Gymnasium bisher am wenigsten angenommen wurde, und auch hier von einigen Gymnasien mehr, von anderen jedoch sehr viel weniger. Einen Nebeneffekt der Individualisierung von Lernprozessen will ich noch erwähnen: Sie verlagert die Tätigkeit der Lehrkräfte vom direkten Unterrichtsgeschehen in weit stärkerem Maß auf die Vorbereitung und die Lernbegleitung und ist damit deutlich verschleißärmer als der gelenkte Unterricht, der permanente Höchstkonzentration erfordert.

Bisher sind die Verfechter der Einheitsschule oft erbitterte Gegner des Gymnasiums, was in der Vergangenheit zu völlig unproduktiven Auseinandersetzungen geführt hat. Das berührt auch das Selbstverständnis der Mutter aller pädagogischen Weisheiten, der GEW. Es ist bei dem selbst gewählten Tagungsmotto nicht sinnvoll, auf diesen Aspekt ausführlich einzugehen, aber soviel lässt sich doch dazu sagen: Im Vergleich wird klar, dass die Arbeitsbedingungen am Gymnasium deutlich hinter denen an der Sekundarschule zurückbleiben. Man kann das für eine Übergangszeit hinnehmen, weil diese neue Schulform nicht scheitern darf und deshalb eine gute materielle Ausstattung braucht und es bei der Verschuldung Berlins realistisch notwendig ist, Schwerpunkte zu setzen. Aber von der GEW erwarten wir, dass sie unsere Situation als Arbeitnehmer stärker als bisher thematisiert und offensiv vertritt und nicht kühl darauf verweist, dass es ja eine Alternative gäbe, die jedem offenstehe. Wer als Gymnasiallehrer Mitglied in der GEW ist, vertritt immer auch ein gesamtpolitisches und pädagogisches Konzept, das den Gedanken der Förderung und Stärkung aller Schüler niemals aus den Augen verliert und sich von der Überzeugung leiten lässt, dass alle Kinder ein Recht auf guten Unterricht haben. Wir erwarten von der GEW, dass sie ihre zweitgrößte Fachgruppe nicht nur als Beitragszahler akzeptiert, und dass sie eine Trennung zwischen der ideologischen Auseinandersetzung um die beste Schulform und dem energischen Eintreten für die Interessen einer großen Mitgliedergruppe vornimmt, dass zum Beispiel die Vorsitzende laut und vernehmlich erklärt: „Ja, ich brems auch für Gymies!“.

Die politische Entscheidung für die Zweigliedrigkeit schließt eine Bestandsgarantie für das Gymnasium auf viele Jahre ein, das kann man begrüßen oder bedauern, aber man sollte es aktiv zur Kenntnis nehmen. Keine Regierung wird das neue System der Zweigliedrigkeit in absehbarer Zeit wieder umstoßen, weil es Jahre brauchen wird, bis diese grundlegende Umwälzung einigermaßen Normalitätscharakter erlangt haben wird. Und es wird auf vorhersehbare Zeit auch keine gesellschaftliche Mehrheit zur Abschaffung des Gymnasiums zu Gunsten der einen Schule für alle geben. Es war eine sehr weise Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, Berlin einen Schul- und Kulturkampf wie in Hamburg zu ersparen. Wenn es aber zwei Wege durch die Schule gibt, müssen sie sich auch unterscheiden (dürfen). Soviel lässt sich vorab sagen: Solange das Gymnasium als selbständige Schulform existiert, kann es keine Schule für alle sein, was Konsequenzen für die Aufnahme haben muss. Das geplante Losverfahren für 30% der angemeldeten Schüler unterläuft diese Kriterien zwar, aber diese Regelung stellt auch keine pädagogische, also vom Kind aus gedachte, Maßnahme dar, sie ist lediglich als politische Konzession an diejenigen erklärbar, die nicht begreifen, dass Schule das Ergebnis, nicht der Ausgangspunkt gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist; (dass man eine Gesell-

schaft ohne grundlegende Veränderung von Einfluss und Besitz verändern könne, ist im übrigen eine naive und gänzlich unmarxistische Annahme).

Aus dem Nebeneinander zweier Schulformen ermöglicht sich sinnvollerweise eine Arbeitsteilung, bei der der Fokus der Sekundarschule stärker auf der Mobilisierung von Begabungsreserven liegen kann, was kein Problem ist, solange das Abitur an allen Oberstufen die Studierfähigkeit einschließt. Das Gymnasium wird auch in Zukunft im Vergleich zur Sekundarschule die größere Anzahl an schnell lernenden Schülern haben und deutlich weniger sozial belastet sein. Daraus erwächst die Verpflichtung, in möglichst allen Bereichen besondere und herausragende Ergebnisse zu erzielen:

Das Gymnasium der Zukunft sollte sich stärker als bisher einem differenzierten Leistungsgedanken verpflichtet fühlen, es kann sich dank des größeren Potenzials seiner Schülerinnen und Schüler als Bildungsanstalt mit einem umfassenden Anspruch verstehen. Dies sollte sich neben den Sprachen und der politischen Bildung auch in einer vertieften technischen und naturwissenschaftlichen Ausbildung niederschlagen, wobei nicht jede Schule alles anbieten muss. Leistung sollte in diesem Zusammenhang nicht quantitativ, als Dreischlüsselmodell sozusagen, verstanden werden. Gemeint ist zum Beispiel die Kompetenzstufe 5 der Lesefähigkeit aus der Pisastudie 2000, nach der die Fähigkeit angestrebt wird, komplexe, unvertraute und lange Texte vollständig und detailliert zu verstehen und diese in ein Vorwissen aus verschiedenen Bereichen einzubetten und kritisch zu beurteilen. Denk- und Sprachfähigkeit, Entscheidungs- und Urteilsfähigkeiten in komplexen Situationen, Risikoabschätzung und Folgenbeurteilung und Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Belange müssen die kognitive Ebene ergänzen und durchdringen. Zusammengefasst finde ich diese Gedanken in der Formulierung von Hans Jonas „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens!“ Solche Zielvorgaben schlagen sich in der Schule nieder in einem Klima, in dem nicht das neueste IT-Produkt und teure Statussymbole das Ansehen bestimmen, sondern Solidarität, Kreativität und ein erkennbares Streben nach Entwicklung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit.

Unser Wohlstand und, was häufig in diesem Zusammenhang vergessen wird, unser Sozialsystem, hängen unbestreitbar davon ab, dass Deutschland seinen führenden Rang in der Welt auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet erhält und mit entsprechend ausgebildeten Menschen absichert, was nur mit einer gezielten und früh einsetzenden Nachwuchsförderung gelingen kann. Solange sich Führung durch Leistung und eine besondere Verantwortungsethik (Hans Jonas) und nicht durch die Inanspruchnahme besonderer Privilegien legitimiert und solange dieses System allen offensteht, ist nichts dagegen einzuwenden, das ist das französische und anglo-amerikanische Verständnis von Elite, das sich nicht wie in Deutschland gegen eine historische Pervertierung wehren muss. Und ganz nebenbei: Staatliche Bemühungen um Exzellenz halten zumindest die Möglichkeit des Zugangs für alle zu diesen Einrichtungen offen und machen so die Gründungen von Privatschulen überflüssig, die unweigerlich erfolgen, wenn es keine öffentlichen Angebote gibt.

Das Gymnasium muss sich außerdem verstärkt als Stätte kultureller Pflege verstehen und sich die künstlerische Ausbildung unter dem Aspekt einer lebenslangen Sinnggebung seiner Absolventen zu eigen machen. Dieser Anspruch darf auch nicht der Verkürzung der Schulzeit geopfert werden, hier können im Gegenteil Belegverpflichtungen in der Qualifikationsphase sinnvoll mit Inhalt gefüllt werden.

Das Gymnasium hat eine besondere soziale Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Dies schließt die Verpflichtung ein, sich nicht länger der Aufnahme behinderter Menschen, der sogenannten Inklusion, zu verschließen. Es kann nicht hingenommen werden, dass die Schulform mit den geringsten sozialen Problemen sich dieser Aufgabe nahezu verweigert. Ganz nebenbei wird mit dieser Überlegung nur geltendes Recht umgesetzt, nachdem Deutschland 2009 die entsprechende UN-Konvention völkerrechtlich verbindlich unterschrieben hat. In diesem Punkt darf Unterschiedlichkeit der Menschen zur Normalität werden, und in jedem Einzelfall ist festzulegen, ob die Förderung zielgleich oder zieldifferent erfolgen soll.

Zur Zeit stellt das Gymnasium seine Hürden auf, und wer sie überquert, darf bleiben, wer nicht, muss gehen, denn nach der deutschen Tradition muss der Schüler zur Schule passen. Sinnvoller und effektiver wäre eine Ausrichtung am skandinavischen Verständnis von Schule, wonach die Institution sich auf den Schüler und seine Notwendigkeiten einzustellen hat. Dies berührt zum Beispiel die Sitzenbleiberquote und die Nachhilfeindustrie, die als externer Reparaturbetrieb für die Versäumnisse vor allem des Gymnasiums fungiert. Die verordnete Wiederholung einer Klassenstufe ist pädagogisch häufig nicht sinnvoll, was an einem Vergleich deutlich gemacht werden soll: Ein Haus wird nicht stabiler, wenn man im zweiten Stock eine Zwischendecke einzieht, in Wahrheit aber das Fundament bröckelt. Das Bild macht deutlich, wo man ansetzen muss: Grundlegende Mängel in Arbeitshaltung und Kenntnissen kann man wirkungsvoll in Stütz- oder temporären Wiederholungskursen beseitigen, die aber die Schule zu organisieren und dies als ihre originäre Aufgabe zu begreifen hat. Zwei Anmerkungen dazu: Derartige Überlegungen stehen nicht im Widerspruch zu den vorgetragenen Exzellenzgedanken, sie ergänzen sie wirkungsvoll. Und die Abschaffung des Sitzenbleibens als Regelmaßnahme ist auch ökonomisch sinnvoll. Zehn Sitzenbleiber kosten den Gegenwert einer vollen Gymnasiallehrerstelle für ein Jahr; für Zwischenkurse, die das Sitzenbleiben verhindern, benötigt man einen Bruchteil dieser Summe.

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen: Wieviel Ausrichtung auf die Wirtschaft braucht das Gymnasium? Wenn man in dieser Frage nicht bei einem unverbindlichen Sowohl-als-Auch stehenbleiben will, wird man eher für eine solide Allgemeinbildung plädieren, die Kenntnisse und Fertigkeiten ebenso einschließt wie die Einübung von Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit. Natürlich darf das Gymnasium sich nicht vor seiner Umwelt verschließen, aber ob Börsenspiele von Schulklassen eine sinnvolle und notwendige Vorbereitung auf das Arbeitsleben sind, darf bezweifelt werden. Ein gut betreutes Betriebspraktikum in der Mittelstufe leistet hier sicher mehr, das Fach Wirtschaftsenglisch als Zusatzkurs zur Erfüllung der Belegverpflichtungen auch. Auch die Einführung von Leistungskursen, die zu einem beruflichen Abschluss führen oder auf ihn angerechnet werden, kann an einzelnen Gymnasien eine Option sein. Damit wäre eine Entsprechung zu den allgemeinbildenden Leistungskursen an OSZs geschaffen, die im Zuge der Kooperation mit Sekundarschulen geplant sind.

Wer vor dem Anspruch, der hier formuliert wird, zurückschreckt, sei daran erinnert, dass ein Konzeptionspapier die Aufgabe hat, Idealzustände zu formulieren. Aber andererseits sollten Schulen, die bei einer ehrlichen Bestandsaufnahme feststellen müssen, dass sie sehr weit von den spezifischen Gymnasialstandards entfernt sind, doch Überlegungen anstellen, ob es nicht sinnvoller wäre, die besseren Bedingungen der Sekundarschulen, vor allem die kleineren Frequenzen und die um ein Jahr längere Oberstufe, anzunehmen. Sie würden sich von einem Anspruch befreien, den sie genau genommen oft nicht einlösen, und damit die Chancen ihrer Schüler vergrößern. Das Gymnasium ist als Gebilde häufig ein Mythos, es entwickelt seine Attraktivität auf breite Bevölkerungsschichten an einer Reihe von Schulen ohne realen Hintergrund, ohne die bessere Alternative zu sein, die es vorgibt. Lieber eine gute Sekundarschule mit Oberstufe als ein schwaches Gymnasium, an dem ein Drittel der Schüler die Probezeit nicht besteht und die Hälfte bis zum Abitur sich nicht sprachlich sicher ausdrücken kann. Eine Sekundarschule, die sich aus einem Gymnasium heraus entwickelt und ein attraktives Angebot bereithält, würde schnell von der Bevölkerung angenommen, weil viele jetzt schon realisieren, dass der Preis für die verkürzte Schulzeit hoch ist und ohne größere Verluste an Lebensqualität nur von einer zahlenmäßig begrenzten Gruppe erbracht werden kann. Derartige Überlegungen sollten nicht als Versuch diffamiert werden, das Gymnasium von Ballast zu befreien.

Der größte Vorteil der Zweigliedrigkeit besteht darin, dass für alle Schüler der Weg zum höchsten Abschluss tendenziell bis zum Tag der Zeugnisausgabe offengehalten wird, dass Menschen, die mehr Zeit für ihre Entwicklung brauchen, sie jetzt auch bekommen und nicht vorzeitig aussortiert werden, es gibt jetzt eine Alternative zur frühen Selektion. Beide Schulformen müssen gleichwertig sein, jedoch nicht gleichartig, sie können unterschiedliche Aufgaben und Schwerpunkte haben, um ein passgenaues Angebot für jede Schülerin und jeden Schüler bereitzuhalten. Sie müssen beide anschlussfähig sein an eine Ausbildung nach der Schule, die in einen Beruf und in eine Teilhabe an der Gesellschaft führt, dann haben sie ihren Auftrag erfüllt.
